

Sehr geehrter Herr Landrat,
sehr geehrte Damen und Herren,

bei der Analyse des Haushaltsentwurfes fällt ins Auge, dass ca. 140 Mio. der insgesamt veranschlagten ca. 280 Mio. auf Transferleistungen entfallen. Das sind ca. 50 % der zur Verfügung stehenden Mittel. Wenn dann noch die Aufwendungen für die „Kosten der Unterkunft“ in Höhe von ca. 34 Mio. dazugerechnet werden, die unter den „sonstigen ordentlichen Aufwendungen“ gebucht sind, sind das im Oberbergischen Kreis über 60 % Mittel, die umverteilt werden.

Dies ist eine so bemerkenswerte Größe, dass wir an entsprechender Stelle im Rahmen der Diskussion zu Zielen und Kennzahlen vorgeschlagen haben als vorrangiges Ziel „**Soziales Oberberg**“ - z.B. in einer Formulierung wie „**Lebenswertes Oberberg – Soziales Oberberg**“ - zu verankern. Letztlich wäre das nur eine Tatsachenbeschreibung, die sich der Kreis gut „auf die Fahne schreiben“ könnte.

Zusätzlich werden wir heute noch über eine Reihe von weiteren „Begehrlichkeiten“ von Oberberger Institutionen entscheiden, die wir von unserer Fraktion allesamt unterstützen und gutheißen. Loben möchten wir in diesem Zusammenhang auch die Initiative der FDP, den Stundensatz für Tagesmütter anzuheben. In der Diskussion dazu war uns allen klar, dass die Anhebung jedoch nur ein Schritt in die richtige Richtung ist.

Beim Wandern wissen wir alle: Der Weg ist das Ziel... So sollte es aber auch im Bereich des Miteinanders sein. Unser Miteinander in Oberberg.

Geld ist nicht alles – das Miteinander bzw. der Art des Umganges ist entscheidend. Auch wenn wir im letzten Kreistag und heute zu Anfang gehört haben, dass einige Dinge nicht unserer Entscheidung obliegen, so ist das jedoch nur ein Teil der Wahrheit. Wir können sehr wohl feststellen, dass wir ein bestimmtes Verhalten nicht wollen, wie z.B. die in unserem heute zurückgewiesenen Antrag skizzierte Begebenheit, dass Menschen einfach weggeschickt werden und ein zweites Mal „als BittstellerIn“ zu erscheinen haben... Hier hoffen wir auf Ihre Zustimmung und Unterstützung, dass so etwas in unserem Oberbergischen Kreis nicht mehr vorkommen sollte.

Beim letzten Kreistag haben wir mit ähnlicher Zielrichtung versucht, deutlich zu machen, dass im Bereich der Sozialleistungen teilweise sehr viel Zeit verstreicht, bis zustehende Leistungen beschieden werden. Auch hier hieß es, dass wir nicht zuständig wären. Also haben wir im Nachgang als Fraktion den Landrat gebeten, im Rahmen seiner Zuständigkeit eine Anweisung zu erlassen, die für Entscheidungen im SGB maximal vier Wochen vorsieht – was ja auch nicht gerade kurz ist, wenn jemand auf Geldleistungen des Staates angewiesen ist.

Hierzu bekamen wir als Antwort, dass es sich lediglich um Einzelfälle handeln könnte und eine generelle Regelung deshalb nicht vorzunehmen sei. Tatsächlich sind uns nur Einzelfälle bekannt. Wir als LINKE. können leider nicht vor allen 13 ARGEN und Sozialämtern stehen und die Menschen statistisch korrekt befragen. In diesem Zusammenhang können wir nur feststellen: jeder Einzelfall ist einer zu viel, da die betroffenen Menschen weder ein noch aus wissen und ohnmächtig dem Verwaltungsapparat gegenüber stehen. Und eine generelle Regelung im vorgeschlagenen Sinne würde gerade diese Einzelfälle besserstellen. Der Weg ist das Ziel...

Seit einigen Wochen werden an die EmpfängerInnen von staatlichen Geldleistungen Informationen zu angemessenem Wohnraum und angemessenen Heizkosten verteilt. Für sich genommen ist es ja nicht falsch, den Menschen Informationen an die Hand zu geben.

Aber: die Betroffenen müssen diese Information unterschreiben. Was sich daraus entwickeln wird, können wir als LINKE. schon gut erahnen: nach einem halben Jahr wird das Papier heraus geholt und entweder werden auf dieser Grundlage dann Leistungen pauschaliert – was zumeist einer Kürzung gleichkommt – oder möglicherweise insgesamt versagt, da die erforderliche „Mitwirkungspflicht“ der Betroffenen nicht gegeben ist? Und damit Sie sich vorstellen können, was es heißt, wenn Leistungen im Sozialbereich versagt werden: Heute (ist der 24.) erhalten Sie ein Schreiben, in dem Ihnen mitgeteilt wird, dass am nächsten 1. Keine Zahlung mehr geleistet wird. Selbstverständlich ist dagegen der Rechtsweg offen...

Eine Woche vorher erfahren Sie, dass Sie keine Miete mehr zahlen können und nichts mehr zu Essen kaufen...

Dies sind die tatsächlichen Folgen des Urteils des Bundesverfassungsgerichtes, das letztes Jahr festgestellt hat, dass die damaligen Regelsätze gegen die Menschenwürde verstoßen haben. In der Folge gibt es heute zwar eine Erhöhung für die Menschen im Regelsatz, dafür wird bei den Kosten der Unterkunft der „Spielraum für Repressalien“ deutlich größer und die Kürzungen

dabei überkompensieren in der Auswirkung die Regelsatzerhöhung um ein Vielfaches...

Wie sagt man so schön: „Nachtigall ich hör dich tapsen“.

Die Anwendung dieses neuen Spielraumes ist nicht zwingend vorgeschrieben, sie ist für die Kommunen freiwillig. Können und sollten wir hier in Oberberg nicht auf die Anwendung verzichten?

Noch ein Gedanke: Wir alle, die wir Mitglieder des Kreistages sind, erhalten monatlich mehr Geld als der Regelsatz für bedürftige Menschen beträgt. 400 Euro ist mehr als 364 Euro... - bei uns sind keine Repressalien vorgesehen!

Der Weg ist das Ziel!

Ich komme wieder zurück zum Kreishaushalt:

Einschränkend ist bei der o.g. Zahl des Umverteilungsbetrages in Höhe von 174 Mio. jedoch zu berücksichtigen, dass über 51 Mio. an den Landschaftsverband weitergeleitet werden, der sich über seine Umlage genauso schadlos hält, wie es der Kreis in seinem Vorschlag zur Kreisumlage versucht...

Hier sind wir beim die zurückliegenden Wochen alles beherrschenden Thema. Die dazu eigens anberaumten Sitzungen des Finanzausschusses mit den Bürgermeistern unserer Städte und Gemeinden hatte u.a. eine sogenannte 315er-Liste zur

Beratungsgrundlage. Diese sollte aus Sicht der Verwaltung die in den letzten Jahren hinzugekommenen Aufgaben in Art und Kostenhöhe veranschaulichen. Bei näherem Hinsehen fiel schnell auf, dass gerade mal 9 Aufgaben im Jahr 2010 und weitere 10 aus dem Jahr 2009 zusätzlich auf den Kreis zugekommen sind. Das sind wohlwollend gerechnet gerade etwas über 6 % an zusätzlichen Aufgaben in den letzten beiden Jahren. Sicherlich sind das allgemein eine Menge an Übertragungen, aber im letzten Jahr ist eher ein geringes Anwachsen festzuhalten. Dies kann also kaum als hinreichendes Argument für die Erhöhung der Kreisumlage angesehen werden.

(persönlicher Satz:) Als ich erstmals von dem Finanzierungsinstrument der „Kreisumlage“ hörte, war mir dies sofort suspekt. Ein äußerst unsolidarisches Mittel, das es z.B. ermöglicht, eigene Steuern zu senken bzw. wegfallen zu lassen und sich das fehlende Geld bei den angehörigen Gebietskörperschaften dennoch zu beschaffen.

Es musste so kommen, wie es sich jetzt darstellt: Unsere Kommunen bluten finanziell aus.

Dass nun, wie es sich andeutet, jede kommunale Ebene für sich gegen die andere kämpft, müssen wir verhindern. Hieran wird deutlich, dass das System ausgereizt ist. Wir haben alle zusammen ein Riesenproblem, dass sich in unserem Gemeinwesen darstellt.

Die Bürgermeister haben zurecht in einer noch nie dagewesenen Art über Parteigrenzen hinweg eindeutig beim Kreis eine Zurückhaltung in der Festsetzung der Kreisumlage eingefordert. Allseits wurde in den gemeinsamen Sitzungen festgestellt, dass das System der Kommunalfinanzierung unzureichend ist und von allen Beteiligten Einschnitte im bisherigen Handeln erfordert.

Insbesondere die in den letzten Tagen getätigten Äußerungen und uns vorliegenden Schreiben der Gemeinde Nümbrecht haben die volle Sympathie und Unterstützung der Linksfraktion. Wir sehen das genau so, wie Herr Redenius es ausgeführt hat und erklären uns mit den Städten und Gemeinden des Kreises solidarisch. Aus diesem Grund haben wir auch die Ihnen heute vorliegende Resolution eingebracht. In diesem Zusammenhang gibt es letztlich keine Lösung, die wir in den Kommunen selbst ansteuern können. Es bedarf einer generellen Neuregelung bei den Kommunalfinzen, damit die übertragenen Aufgaben bezahlbar sind und nicht aus finanzieller Not „Taschenspielertricks“ zur Anwendung kommen, wie wir es teilweise heute schon erleben können.

Auch hierbei ist der Weg das Ziel: Der Kreis muß gemeinsam mit den Städten und Gemeinden für eine neue, bessere Finanzausstattung der Kommunen kämpfen. Das könnte er durch eine geringere Kreisumlage. Hier haben die Bürgermeister 2% weniger als Signal gefordert. Dieses sollten wir auch so pauschal umsetzen.

Das könnten wir auch tun, da sicher weite Teile dieses im Haushalt dann fehlenden Betrages durch Einsparungen beim Kreis „refinanzierbar“ sind. Gibt es doch versteckte Kosten bzw. Ausgaben, die uns heute im vorliegenden Haushalt noch gar nicht bekannt sind.

Zur Verdeutlichung dieses Gedankens: Wir alle können ja zum neuen Logo des Kreises stehen wie wir wollen, aber wir als LINKE. danken der Nachfragen von Bündnis90/die Grünen dazu im Finanzausschuß, worauf von der Verwaltung zu den über 80 T€ Entwicklungskosten gesagt wurde: „das haben Sie doch im letzten Haushalt so beschlossen, es war doch in den Positionen veranschlagt.“ Tatsächlich ist das neue Logo und die damit verbundenen Kosten bei einigen

Mitgliedern des Finanzausschusses erst zum Thema geworden, als das neue Logo allseits im öffentlichen Raum wiederzufinden war.

Hieran wird deutlich, dass alles Papier zum Haushaltsentwurf leider nicht wirklich alles erklärt: So ist z.B. in diesem Jahr die Umlage an den Landschaftsverband in den Erläuterungen nur verklausuliert dargestellt. Im Haushaltsentwurf steht dazu nur der Hinweis auf einen „Vorbericht“, den man jedoch vergeblich sucht. Auf meine Nachfrage wurde erklärt, dass der ausgewiesene Wert exakt die Höhe der Umlage widerspiegelt. Das könnte doch auch direkt dazugeschrieben werden.

Insofern bin ich mir sicher, dass sich weitere Positionen finden werden, die zur Senkung der Kreisumlage beitragen können, deren Vorhandensein aber erst noch offensichtlich werden muss...

Gestatten Sie mir noch eine kurze Ausführung zu unserer heutigen Anfrage bezüglich des Symphonie-Orchesters: wir wollten die Gesamtkosten wissen und haben auf unsere Nachfrage beim Landrat leider nur eine Art Werbebrief erhalten mit Hinweisen, wo wir die Kosten nachsehen könnten. Deshalb heute nochmals die Anfrage an den Kreistag. Und bitte verstehen Sie diese nicht falsch: es geht uns keinesfalls darum, damit eine kulturelle Einrichtung des Kreises in Frage zu stellen. Wir wollen einfach nur die Gesamtkosten wissen, die vom Kreis zu tragen sind und hoffen auf eine klare Antwort der Kreisverwaltung. Dies auch im Sinne von: Der Weg ist das Ziel.

Zusammenfassend möchte ich klarstellen, dass wir dem vorgelegten Haushaltsentwurf nur teilweise zustimmen könnten. Die vorgeschlagene Höhe der Kreisumlage lehnen wir aus den genannten Gründen rigoros ab.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(so vorgetragen von Jürgen Simeth in der Kreistagssitzung am 24.9.2011)